



Interviews

Datum: 06. Februar 2024

Philipp May im Gespräch mit Dietmar Woidke, SPD, Ministerpräsident von Brandenburg

Philipp May: Seit Wochen gehen überall in Deutschland Menschen auf die Straße, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren. Die Berichte des Recherche-Netzwerkes CORRECTIV über ein geheimes Treffen in Potsdam von Rechtsextremen und einzelnen Mitgliedern von AfD und CDU, bei dem offenbar auch über Massenausweisungen aus Deutschland gesprochen wurde, hat viele Bürgerinnen und Bürger aufgewühlt. Auch Politikerinnen und Politiker der anderen Parteien haben an den Demonstrationen, die sich auch gegen die AfD richten, teilgenommen. Gestern um diese Zeit hatten wir dazu die Philosophie-Professorin Maria-Sibylla Lotter von der Ruhr-Uni Bochum im Interview.

O-Ton Maria-Sibylla Lotter: „Ich habe auch ein Problem damit, muss ich sagen, dass der Bundeskanzler und viele Ministerinnen und Minister hier mitlaufen, denn es sind ja nicht einfach Solidaritätsdemonstrationen mit den Einwanderern – das wäre eine gute Sache – oder Demos gegen Antisemitismus und Rassismus – das wäre auch eine gute Sache -, sondern es richtet sich ja direkt gegen die andere Richtung des politischen Spektrums und besonders gegen eine Oppositionspartei, und das finde ich in einer Demokratie eigentlich eine zu starke Machtbündelung. Das sollte so eigentlich nicht sein.“

May: Maria-Sibylla Lotter, Professorin für Philosophie von der Ruhr-Uni Bochum, gestern bei uns im Deutschlandfunk. – Der SPD-Politiker und Ministerpräsident Brandenburgs, Dietmar Woidke, war in Potsdam auch bei einer dieser Demos gegen die AfD dabei. Jetzt ist er am Telefon. Guten Morgen, Herr Woidke.

Dietmar Woidke: Ja, ich war auf mehreren dieser Demos und ich habe das anders empfunden.

May: Super, dass ich gar keine Frage stellen brauche. Aber schießen Sie los. Ich wollte eh noch fragen: Können Sie Frau Lotter verstehen?

Woidke: Erst einmal guten Morgen, Herr May. – Ich habe das deutlich anders empfunden, als Frau Lotter es empfunden hat. Das waren nicht Demonstrationen gegen irgendjemand

oder irgendwas, sondern es waren Demonstrationen für, Demonstrationen für Weltoffenheit, Demonstrationen für Toleranz, Freiheit und Demokratie, und das ist ja die große Klammer, die Leute eint, die einen kirchlichen Hintergrund haben, Evangelen und Katholiken, oder Veganer stehen neben Bratwurst-Fans und alle zusammen haben ein Gefühl, dass momentan hier in diesem Land was ins Rutschen kommt. Das sind die Werte des Grundgesetzes, die unter Druck kommen, und da geht es ja nicht nur um die Partei, die Frau Lotter angesprochen hat, sondern es geht auch um Einstellungen zu unserer Demokratie, gegen die man ein Zeichen setzen will und ein Zeichen setzen muss. Deswegen sind das für mich auch Demonstrationen, die mir Mut machen.

May: Aber dass es auch ganz konkret gegen die AfD bei den Demonstrationen ging, das würden Sie schon auch so sehen?

Woidke: Ja, weil die AfD ja genau für diese Werte nicht steht. Und wenn da offen fabuliert wird über die Vertreibung von Menschen, wenn danach auch diese Sachen sogar verteidigt werden von Bundestagsabgeordneten und gesagt wird, das ist nicht ein Versehen, das ist ein Versprechen – das waren ja Zitate, die danach gekommen sind -, dann wissen wir mittlerweile genau, womit wir es zu tun haben. Wir haben es zu tun mit einer Partei, die offen, immer offener rechtsextremistisch agiert. Wir wussten ja immer, seit Jahren wissen wir, es gibt diesen rechtsextremistischen Kern, und in den letzten Jahren ist es eher schlimmer als besser geworden, aber dass sie so offen agieren und dass sie so dreist agieren, das ist eine neue Qualität, und das zeigt auch vielen Menschen, es geht nicht nur hier um Parteiauseinandersetzungen im demokratischen Spektrum, sondern es geht hier wirklich um die Werte unserer Demokratie.

May: Jetzt stehen aber die Umfragehochs der AfD – von Wahlerfolgen müssen wir noch gar nicht sprechen – nicht im luftleeren Raum, sondern die haben auch was mit der aktuellen Gemengelage zu tun und mit der wahrgenommenen Regierungspolitik. Wir können es noch einmal umdrehen: Bei den Bauernprotesten wurde oft zum Beispiel gesagt, die sind berechtigt, solange sie nicht von Rechtsextremen gekapert werden. Könnte man das nicht hier genauso gut sagen, die Demonstrationen der Bürgerinnen und Bürger aus Sorge vor einer Partei, die in Teilen als rechtsextrem eingestuft wird, die sind berechtigt, aber sie sollten nicht von den etablierten Parteien gekapert werden, schon gar nicht von der Regierung, sondern die sollte eher sagen, wir haben verstanden, wir müssen mehr tun?

Woidke: Das ist ja die Erzählung der AfD, die permanent versucht, das sind irgendwelche Massenaufmärsche, die von der Regierung bezahlt und unterstützt werden. Die Menschen

aus dem öffentlichen Dienst kriegen am nächsten Tag alle frei. Das sind ja alles so Märchen, die die AfD erzählt.

Ich habe die Demonstrationen auch wahrgenommen, durchaus kritisch gegenüber den Regierungen - ich nehme jetzt die Landesregierung gar nicht aus – und wahrgenommen als Zeichen, dass hier auch von Regierungen in diesen Zeiten anderes erwartet wird, als teilweise momentan geliefert wird, nämlich dass die Menschen mitgenommen werden müssen, dass Menschen Politik erklärt werden muss und nicht „Schwamm drüber, wir machen das jetzt so, egal was ihr darüber denkt“. So funktioniert Demokratie nicht und es geht nicht nur darum, den Menschen Dinge zu erklären, wenn man vor Wahlen steht, sondern man muss es versuchen, jeden einzelnen Tag zu tun. Das ist sehr, sehr anstrengend, aber ich sehe dazu auch keine vernünftige Alternative.

May: Wer erklärt denn nicht vernünftig?

Woidke: Wenn Sie das kommunikative Desaster mal nehmen von fast vor genau einem Jahr zum Heizungsgesetz, dann hallt das bis heute nach. Wenn Menschen sich in ihrer Existenz bedroht fühlen, ihre Arbeitsplätze bedroht fühlen, aber auch ihren Wohlstand, und sie haben keine Antworten darauf, wie ist die soziale Absicherung – die wurde ja erst hinterher diskutiert und das ist jetzt auch deutlich besser geworden -, aber so was rauszugeben, raus in die Diskussion zu schieben, wo Hunderttausende auch bei uns im Land betroffen sind und dann Angst haben, ob sie sich ihr Haus in Zukunft noch leisten können, das war ein riesengroßer Fehler, und das zeigt eigentlich genau, wie diese Diskussion nicht laufen darf.

May: Mit anderen Worten: Wenn das Heizungsgesetz nicht gewesen wäre beziehungsweise nicht vorher durchgestochen worden wäre, dann würde es jetzt diese ganze Situation gar nicht geben?

Woidke: Nein, das war einer der Punkte, die da eine Rolle spielen. Wir sind ja insgesamt in schwierigen Zeiten, Zeiten, die von Unsicherheit geprägt sind, Krieg in Europa. Jeder einzelne Tag mit der Ukraine ist ein Desaster für uns alle, für die Welt, dass Menschen sterben müssen und dass wir da immer noch nicht weitergekommen sind und dass der Frieden immer noch in weiter Ferne ist. Aber das prägt zu einer allgemeinen Unsicherheit bei. Dazu kommen dann die anderen Fragen, die damit im Zusammenhang stehen, Energiepreisentwicklung und vieles andere mehr. Da hat die Bundesregierung übrigens vieles, vieles richtig gemacht. Darüber wird hinterher auch selten gesprochen, wenn man Dinge richtigmacht. Aber insgesamt ist es wichtig, den Menschen in dieser Zeit Sicherheit zu geben, und da würde ich mir mehr Aktivität noch von der Bundesregierung wünschen, und vor allen Dingen würde ich mir wünschen, dass nicht so sehr der Streit die Öffentlichkeit dominiert. Ich glaube

jetzt, bei der Wirtschaft die Kraftwerksplanung könnte da ein erster Schritt sein. Da haben sich die Minister vorher geeinigt und sind dann rausgegangen. Es ist zwar noch nicht fertig, aber ich hoffe, so geht es weiter, und das ist genau, wie man arbeiten muss, Dinge klären, Dinge in alle Richtungen erklären können und dann damit rausgehen.

May: Herr Woidke, jetzt sind dieses Jahr Landtagswahlen. Sie liegen zurzeit zehn Punkte hinter der AfD, relativ konstant. Zumindest ermitteln das unterschiedliche Umfrageinstitute. Sie machen gerade Wahlkampf. Der Bundeskanzler wohnt in Potsdam. Würden Sie noch mit ihm Wahlkampf machen oder lieber nicht?

Woidke: Erst mal ist es so, dass geborgte Prominenz in Landtagswahlen selten geholfen hat. Das ist eine Brandenburger Erfahrung, aber ich glaube, die haben auch andere Landtage und Landtagsparteien gemacht, die in anderen Ländern angetreten sind. Das heißt, wir haben immer versucht, aus eigener Kraft Landtagswahlen zu gewinnen, und wir haben es auch immer geschafft. Das war immer schwierig und an Rückenwind aus der Bundesebene kann ich mich gar nicht erinnern. Das war vielleicht mal in den 90er-Jahren der Fall. Aber so lange haben wir auch mit Gegenwind aus Berlin zu tun.

Was wir momentan erleben, na ja, das ist ein Hurrikan, den wir als Gegenwind haben. Hilft aber alles nichts! Wir können uns das nicht aussuchen, die Zeit, in der wir hier bestehen müssen. Wir sind geschlossen, wir sind entschlossen, und ich glaube schon, dass wir die besten Chancen, auch als erste und beste Partei, als stärkste Partei aus der neuen Landtagswahl rauszugehen.

May: Ich will über noch eine Entscheidung der Ampel mit Ihnen sprechen, die auch maßgeblich aus der Feder der SPD kommt, ein Herzensanliegen der SPD: die Erhöhung des Bürgergeldes in Zeiten des Arbeitskräftemangels. War das ein strategischer Fehler im Nachhinein?

Woidke: Heute könnte man davon ausgehen, dass es ein strategischer Fehler war. Ich glaube, die Intention war damals, die Inflation vorwegzunehmen. Es muss ja eine lange Vorlaufzeit sein, bis die Erhöhung überhaupt wirksam wird, und damals hatten wir noch höhere Inflationszahlen. Die wollte man beim Bürgergeld mit abbilden. Das wird garantiert beim nächsten Mal wieder mit eingerechnet. Das heißt, nächste Erhöhungen werden geringer sein. Vielleicht gibt es sogar eine Kürzung. Aber ich kann es erst mal nachvollziehen, weil die Vorlaufzeiten für Bundesgesetze sind relativ groß. Die Diskussion wird landauf, landab geführt, aber ich glaube schon, wenn wir uns die Verfassungsgerichtsurteile angucken, den rechtlichen Rahmen angucken, aber auch die Situation von Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht arbeiten können, dann ist es gerechtfertigt, hier auch vernünftiges Geld zu bezahlen.

May: War es jetzt falsch oder war es nicht, auch in der Rückschau?

Woidke: Es war aus heutiger Sicht in der Rückschau falsch, aber hinterher sind wir alle schlauer. Die Inflation hat sich Gott sei Dank nicht so dramatisch entwickelt, wie wir das ursprünglich annehmen mussten, und die Bundesregierung hat da eine sehr hohe Zahl angenommen. Das hätte man vielleicht anders machen können, aber es lohnt ja jetzt nicht, über die Dinge von vorher zu diskutieren. Ich glaube schon, dass wir beim Bürgergeld immer darauf achten müssen, dass die Menschen, die in Arbeit sind, deutlich mehr davon haben als die Menschen, die nicht arbeiten gehen, und dass der Abstand gewahrt wird und dass wir uns vor allen Dingen hier darum kümmern, dass die Menschen, die arbeiten gehen, mit diesem Geld gut leben können.

May: Dann gucken wir auf die Sachen, die aktuell zur Debatte stehen und wo Sie auch Handhabe haben, zum Beispiel das Wachstums-Chancengesetz, ein acht Milliarden Euro Paket, das Ökonomen immer noch eher als zu klein ansehen. Das hängt im Bundesrat fest und könnte jetzt noch einmal durch die Länder, also auch durch Sie geschöpft werden. Warum?

Woidke: Das hat erstens damit zu tun, dass die Länder den größten Anteil dieses Geldes bezahlen sollen. Das ist aus Bundessicht vielleicht ganz vernünftig, weil der Bund ja Schwierigkeiten hat in der finanziellen Situation, aber die Länder erwarten dann zumindest, dass sie vorher danach gefragt werden, was denn im Wachstums-Chancengesetz passieren soll. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, dass die Maßnahmen, die vorgesehen sind, zum Beispiel Industrieforschungsförderung, in stärkerem Maße für die meisten Länder wie bei uns zum Beispiel gar nicht relevant sind, weil wir gar nicht die Unternehmen im Land haben in großer Zahl, die Industrieforschung betreiben, also Sachen, die auch an einem Teil der Länder vorbeigehen, und ich hätte mir schon gewünscht, wie bei vielen anderen Sachen auch, dass die Länder, wenn sie denn schon mitbezahlen sollen, frühzeitig mit eingebunden werden, wir gemeinsam darüber reden, was da vernünftig ist und was nicht vernünftig ist, und das Wachstums-Chancengesetz in der heutigen Form ist so nicht vernünftig.

May: Ihr Ministerpräsidenten-Kollege in Sachsen, Michael Kretschmer von der CDU, auch im Wahlkampf, hat jetzt Zustimmung signalisiert, wenn die Bundesregierung Änderungen beim Abbau des Agrardiesels vornimmt. Wäre das auch eine Kompromisslinie für Sie? Auch Sie haben sich ja gegen die Agrardiesel-Subventionsstreichungen gewandt.

Woidke: Na ja, das ist eine Art von Kuhhandel, ich mache das eine, wenn Du das andere machst. Ich weiß nicht, ob das vernünftig ist. Ich bin beim Agrardiesel aus guten Gründen dagegen, weil genauso in der Landwirtschaft wie in anderen Bereichen der Wirtschaft brauchen wir Planungssicherheit, und diese Planungssicherheit schafft auch das Wachstums-Chancengesetz nicht im notwendigen Maße. Ich habe vorhin was gesagt zur Kraftwerksstrategie. Viel größer sind die Sorgen der Unternehmen im Bereich der Energie, der Energiepreisentwicklung. Hier klare Antworten zu geben, wo kommt in den nächsten Jahren der Strom her, was wird dieser Strom kosten, da haben wir es beispielsweise selber in der Hand. Beim Öl und beim Gas nicht so, da sind wir Importland. Wir importieren von außen, also sagen andere, was es kostet. Aber hier einfach mal hinzugehen und zu sagen, da Sorge ich für Sicherheit, das ist dringender als das Wachstums-Chancengesetz.

May: Sie sind ganz offensichtlich gegen ziemlich viel, was die Bundesregierung macht. Jetzt komme ich noch mal zu Michael Kretschmer. Der hat in dem gleichen Interview mit den Kollegen der Mediengruppe Bayern noch etwas gesagt, und zwar sagt er da wörtlich: „Ich zitiere da gerne meine Ministerpräsidentenkollegen von der SPD, die sagen, noch nie war das Verhältnis zwischen Bund und Ländern so schlecht wie jetzt. Ich schließe mich dieser Meinung an.“ Das sagt Michael Kretschmer. – Die Frage ist jetzt, hat er da Sie zitiert? Ist das auch Ihre Meinung?

Woidke: Nein! Die Länder sind ja selbstbewusste Länder und dass die Länder ...

May: Aber es ist ja schon etwas Besonderes, wenn die SPD-Ministerpräsidenten sagen, das Verhältnis zwischen Bund und Ländern war noch nie so schlecht wie jetzt, wenn die SPD im Kanzleramt sitzt.

Woidke: Ja. Ich kann mich auch an schwierige Verhältnisse mit der Vorgängerregierung erinnern. Jetzt diese Wertung so vorzunehmen, von mir kommt diese Aussage nicht. Aber dass wir auf der Bundesebene Interessen haben, dass die Länder Interessen haben, dass diese Interessen in Übereinstimmung gebracht werden müssen, das ist ein permanenter Prozess. Der läuft immer. Und dass die Länder nicht zu jedem Ja und Amen sagen, was der Bund vorhat, auch das ist eine alte Geschichte. Aber gerade vor dem Hintergrund der jetzt dringenden Herausforderungen, vor denen wir stehen, und der großen Unsicherheit, die es im Land gibt, sind wir alle aufgerufen, hier auch gemeinsam die großen Herausforderungen anzugehen, und diese Gemeinsamkeit kann ja nicht nur von den Ländern ausgehen, die muss auch vom Bund ausgehen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.